Cenî Info

Nr. 17
01.1.2013

Frauennachrichten vom Kurdischen Frauenbüro für Frieden e.V.

Eine Bilanz der AKP-Regierungspolitik im Jahr 2012 aus Frauensicht

Bei der Bewertung der Entwicklungen im Jahr 2012 betonte das Vorstandsmitglied der Verbände der Freien Frauen YJA Leyla Agiri, dass die AKP Partei eine nationalistische und sexistische Politik verfolgt. Dies resultiere in zunehmender Gewalt gegen Frauen. Leyla Agiri erklärte, dass sich dieses Problem nicht mit oberflächlichen und kurzatmigen Methoden lösen lasse.

Im Jahr 2012 wurde in der Türkei ein alarmierender Anstieg von Gewalt gegen Frauen und Frauenmorden verzeichnet. Offiziellen Angaben zufolge wurden in den ersten 11 Monaten 147 Frauen getötet, 123 Frauen vergewaltigt. 208 Frauen waren mit physischen Gewalttaten konfrontiert und 126 wurden belästigt.

YJA Vorstandsmitglied Leyla Agiri bemerkte hierzu, dass die Politik des Staates für die zunehmende Gewalt gegen Frauen verantwortlich sei. Sie fügte hinzu, dass sexistische und gesellschaftliche Gewalt ein nicht einfach zu lösendes Problem darstelle. "Die Gewalt breitete sich von den Staatseinrichtungen beginnend bis in die Gesellschaft aus", kommentierte Leyla Agiri und sagte: "Die Gewalt ist eine Erfindung und ein Produkt des Staates. Es ist der Staat, der die Gewalt entwickelt, legitimiert und verbreitet. Er benutzt seine Gewaltapparate, um die Gesellschaft unter Kontrolle zu halten und sie seinem Profit entsprechend zu formen. Frauen werden durch dieser Gewaltmechanismus mit am stärksten unterdrückt."

DIE INSTITUTION FAMILIE IST IN EINER TIEFEN KRISE

Leyla Agiri wies darauf hin, dass der Anstieg von Gewalt innerhalb der Familie nicht nur in der Türkei vollziehe sondern weltweit. Sie erklärte: "Das traditionelle Familienmodell steckt in einer tiefen Krise. Es gibt viele Konflikte und Auseinandersetzungen. Dies verdeutlicht sich am meisten in der steigenden Gewalt gegen Frauen. Scheidungen sind an der Tagesordnung. Konflikte, Auseinandersetzungen und sexistische Gewalt stellen nicht nur eine Gefahr für die Frau sondern für die ganze Gesellschaft dar. Im sozialen Sinne gibt es eine Zersplitterung und einhergehend damit auch ernsthafte Probleme. Die steigende Arbeitslosigkeit führt zur Verschärfung von wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Problemen. Hieraus resultierende Konflikte können wiederum zum Anstieg der Gewalt führen."

Zugleich betonte Leyla Agiri, dass staatliche Unterdrückung, Gewalt und Massaker während der Regierungszeit der AKP ernsthaft zugenommen haben. Die Quelle hierfür sei der faschistische und militaristische Charakter der AKP-Partei.

DER FASCHISTISCHE CHARAKTER DER AKP ERHÖHT DIE GEWALT

Leyla Agiri machte darauf aufmerksam, dass die Gewalt am meisten die Frauen trifft, die diese Gewaltkultur und Unterdrückung nicht akzeptieren und sagte: "Die kurdischen Frauen und demokratische Kreise sind tagtäglich von der Staatsgewalt und dem Polizeiterror betroffen. Der Staat selbst sät ganz bewusst diese Formen von Gewalt. Die AKP Herrschaft nährt zunehmend faschistisches Gedankengut. Alle Schichten der Gesellschaft, seien es Frauen oder auch Kinder, sind von dieser Gewaltpolitik betroffen. Ziel dieser politischen Linie ist es die Oppositionellen einzuschüchtern und ihren Willen zu brechen. Der türkische Ministerpräsident und seine Regierung setzen ihre Politik mit Gewalt durch. Das ist der Regierungsstil der AKP. Wer heute in der Türkei auch nur ein demokratisches Wort auszusprechen wagt, muss einen hohen Preis dafür bezahlen. Diese Gewaltpolitik ist eine Konsequenz der militaristisch strukturierten Mentalität und des faschistischen Charakters der AKP-Regierung, die den Nationalismus und Sexismus heutzutage eskaliert hat." Somit könne ein Familien- und Sozialministerium, welches einer Regierung mit einem solchen Charakter angehöre, auch nicht in der Lage sein, der Gewalt entgegen zu wirken oder Lösungen für gesellschaftliche Probleme zu entwickeln, meinte Leyla Agiri und fuhr folgendermaßen fort: „Angeblich gab es Gesetzesänderungen und neue Regulierungen, aber trotzdem schreiten Gewalt und Morde weiter voran. Das heißt, dass es einen falschen Ansatz gibt.

Warum können Frauen nicht richtig gegen Gewalt geschützt werden? Es ist schon fraglich, warum der Ausdruck 'Frau' aus dem Namen des Ministeriums entfernt wurde, das angeblich für die Belange von Frauen zuständig sein soll. Von einem Ministerium mit einer solchen Mentalität können keine Perspektiven für Frau erwartet werden. Das Familien- und Sozialministerium der AKP hat keine Lösungsmacht und keinen Willen dazu und wird es auch nicht haben. Die Familien-und Sozialministerin Fatma Sahin behauptet, dass Premierminister Erdogan sie geistig erleuchte und derjenige sei, der den Frauen am meisten Kraft gebe und stärken wolle. Es ist zwecklos, von einer solchen Ministerin Perspektiven für Frauen und zum Schutz von Frauen gegen Gewalt zu erwarten."

SOLANGE DIE FRAU NICHT IHRE EIGENE STÄRKE ERLANGT, IST SIE ABHÄNGIG VOM MANN UND VOM STAAT

Demgegenüber ging das YJA Vorstandsmitglied Leyla Agiri auf Mittel und Wege ein, die notwendig seien, um sexistische Gewalt wirkungsvoll zu bekämpfen. Um die Gewaltkultur in unserer Gesellschaft zu überwinden, sei die Bildung von Frauen, Kindern und Männern sehr wichtig, sagte sie. Anschließend führte sie aus: „Die Frauenbewegungen müssen den demokratischen Aufbau und die Bewusstseinsbildung im gesellschaftlichen Bereich verstärken. Insbesondere müssen wir noch mehr Wert auf die Bildungsarbeiten legen. Frauen müssen sich im sozialen und wirtschaftlichen Bereich sowie in allen Lebensbereichen alternative Strukturen aufbauen. Denn wenn wir dort nicht präsent sind, füllt das patriarchale System diese Lücken und zwingt den Frauen im ökonomischen, sozialen und kulturellen Bereich seine Mentalität auf. Solange die Frau ihre eigene Stärke im sozialen, ökonomischen und kulturellen Bereich nicht erkennt, ist sie gezwungen, sich in Abhängigkeit vom Mann und vom Staat zu begeben, egal wie viele Gewalt sie erfährt oder wie sehr sie dabei verletzt wird.

Wir können verschiedene Identitäten, besitzen. Aber als Frauen ist die Gewalt gegen uns ein gemeinsames Problem, daher sollten wir uns bei der Lösungssuche vereinen. Die Suche nach Lösungen kann im Parlament genauso wie mittels diverser gesellschaftlicher und politischer Plattformen geschehen. Als Frauen müssen wir zusammen kommen und unsere Probleme auf einer richtigen Grundlage diskutieren." *(ANF, 17.12.Cenî)*

Kurznachrichten

Was wollen die KurdInnen in Syrien?

Interview mit Asya Abdullah, Vorstandsmitglied des Hohen Kurdischen Rates in Syrien

Was ist der Hohe Kurdische Rat für ein Gremium?

Das ist ein Zusammenschluss der Kurdischen Volksräte in Syrien, die von der Partei der Demokratischen Einheit (PYD) aufgebaut wurden, sowie des Nationalen Volksrates, einem Verband 15 weiterer syrisch-kurdischer Parteien unterschiedlicher politischer Ausrichtung. Diese Parteien haben sich in der nordirakischen Stadt Erbil darauf geeinigt, gemeinsam für die Stabilität der kurdischen Region Syriens und die Rechte der dortigen Bevölkerung zu arbeiten und so den Hohen Kurdischen Rat gegründet.

Im Gegensatz zu Bürgerkrieg und Chaos in weiten Teilen Syriens herrscht in den kurdischen Provinzen weitgehend Ruhe. Woran liegt das?

Die PYD arbeitet seit Jahren am Aufbau basisdemokratischer Strukturen. Im Rahmen des Aufstands gegen die Regierung von Baschar Assad haben wir in weiten Teilen der kurdischen Provinzen die Kommunalverwaltungen, meist ohne größere Auseinandersetzungen mit dem Militär, in Form von Volksräten übernommen. Wir beziehen die Bevölkerung in die Verwaltung und Gestaltung des Alltags, in die Rechtsprechung und den Aufbau von Bildungseinrichtungen ein. Um die Sicherheit der Bevölkerung zu garantieren, haben wir bewaffnete Volksverteidigungskräfte.

Gruppen der FSA versuchen seit Wochen, die PYD in den Bürgerkrieg hineinzuziehen. Mit welcher Absicht?

Es gibt Belege dafür, dass die meisten dieser Gruppen von der Türkei unterstützt werden. Die türkische Regierung will die Entwicklung einer demokratischen und selbstbestimmten kurdischen Region in Syrien verhindern. In Aleppo und Efrin haben diese Gruppen kurdische Stadtteile angegriffen Zivilisten getötet. Menschen aus der Landbevölkerung werden entführt. Für uns wird deutlich, dass vom Ausland her versucht wird, einen Bürgerkrieg anzustacheln und ethnische Gruppen gegeneinander auszuspielen, auch in den kurdischen Regionen. *(ANF, 17.12., Cenî)*

Syrien: Türkei interveniert Bundesrepublik unterstützt

Deutschland wird endgültig Kriegspartei. Der Ankündigung von Bundeskanzlerin Merkel beim letzten Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan "Deutschland fühle sich für die Sicherheit der Türkei verantwortlich", sollen nun Taten folgen. Sinn der Raketenabwehrstationierung sei angeblich, die Türkei vor syrischen Luftwaffen- und Raketenangriffen zu schützen. Dass dieses Szenario an den Haaren herbei gezogen ist, räumen sämtliche politischen Sachverständigen und Medienkommentatoren ein. Ein Angriff Syriens auf die Türkei wäre für den syrischen Präsidenten Assad in der aktuellen Situation Selbstmord. Die Patriot-Raketen dienen nicht dem Schutz der türkischen und kurdischen Bevölkerung im Grenzgebiet. Sie geben vielmehr der türkischen Armee Feuerschutz bei deren Unterstützung islamistischer Söldnerbanden insbesondere in den kurdischen Landesteilen Syriens. Damit leistet die Bundesregierung aktive Unterstützung bei der Vorbereitung neuer Massaker an der kurdischen Bevölkerung. Auch wenn sich die Türkei aufgrund der Flüchtlinge aus Syrien und gelegentlicher Granateinschläge bislang unbekannten Ursprungs in Grenznähe als Opfer darstellt, ist sie als einer der hauptverantwortlichen Kriegstreiber für die desolate Situation in Syrien im hohen Maße mitverantwortlich. Nach kurzem Zögern zu Beginn der Proteste in Syrien setzte Ministerpräsident Erdogan auf den Sturz Assads in der Hoffnung, durch eine dortige Machtergreifung der mit seiner AK-Partei verbündeten sunnitischen Muslimbrüder den türkischen Einfluss in der Region auszubauen. Die Ausbildung und Aufrüstung der sogenannten Freien syrischen Armee (FSA) in türkischen Ausbildungslagern sowie logistische Unterstützung durch aus Katar und Saudi-Arabien finanzierte Waffenlieferungen sorgten in kurzer Zeit dafür, dass sich der anfängliche demokratische Aufstand der syrischen Bevölkerung in einen religiös-ethnischen Bürgerkrieg unter Beteiligung zahlreicher ausländischer Jihadistischer Söldner verwandelt hat. Dieselbe Türkei, die sich nun als Opfer syrischer Aggression darstellt, bombardiert zudem regelmäßig völkerrechtswidrig Ziele im Nordirak und begeht im eigenen Land im Kampf gegen die kurdische Guerilla Kriegsverbrechen durch den Einsatz chemischer Waffen. Die Gefahr einer direkten syrisch-türkischen militärischen Konfrontation geht eindeutig von der Türkei aus. Schon im Sommer ließ sich die türkische Regierung eine Militärintervention in Syrien per Parlamentsbeschluss absegnen und zog in den letzten Monaten massive Militärkräfte an der Grenze zusammen. Auf internationaler Bühne wird die Türkei nicht müde, nach libyschem Vorbild eine Flugverbotszone für Teile Syriens entlang der türkischen Grenze zu fordern. Dabei wird offen eingeräumt, dass diese Gebiete dann als ungestörtes Aufmarschgebiet der diffusen bewaffneten syrischen Oppositionskräfte und jihadistischen Banden dienen sollen, um den Sturz Assads zu beschleunigen. Hauptziel der Türkei ist es hier in dieser „Schutzzone" die kurdischen Autonomiebestrebungen in Syrien von Anfang an zu ersticken, wobei sich die türkische Armee zurückhalten und wie schon jetzt die Drecksarbeit den Söldnereinheiten der FAS überlassen würde.Ein solches Vorhaben traut sich die Türkei aber ohne die Unterstützung der NATO nicht zu. Aufgabe der in Aussicht gestellten Patriot-Abwehrraketen der Bundeswehr wäre es, diese Flugverbotszone abzusichern, sei es durch direkten Abschuss syrischer Kampfflugzeuge in Grenznähe oder durch die Abwehr zu erwartender syrischer Gegenangriffe. Da aufgrund der Haltung Russlands und Chinas kein UN-Mandat für ein direktes Eingreifen in Syrien zu erwarten ist, wäre zumindestens ein Einsatz im syrischen Luftraum eindeutig völkerrechtswidrig. Angesichts der Tatsache, dass sich eine große Mehrheit der türkischen Bevölkerung einschließlich der AKP-Anhänger gegen eine weitere militärische Eskalation mit Syrien ausspricht, verbietet es sich auch im Zusammenhang mit der geplanten Aufstellung der Patriot-Raketen von einem „Schutz der Türkei" zu sprechen. Geschützt werden soll nicht die Bevölkerung, sondern das Hegemonialstreben der AKP-Regierung. Mit ihrer einseitigen Parteinnahme und Aufrüstung der bewaffneten vom Ausland aus agierenden syrischen Opposition ist die Türkei nun an ihrer Grenze mit einem Bürgerkrieg konfrontiert. Als größte Gefahr betrachtet die Türkei vor allem die Entwicklung im kurdischen Teil Syriens, wo sich unter Vermeidung größeren Blutvergießens kurdische Selbstverwaltungsstrukturen etabliert haben, die sowohl zum Assad-Regime wie auch zu der von den Muslimbrüdern dominierten syrischen Opposition Abstand halten. In den weitgehend kriegsverschonten kurdischen Gebieten betreibt die Türkei eine aktive Destabilisierung, So hat sie etwa in die kurdische Stadt Serêkani (Ras al-Ain) Militante der "Freien Syrischen Armee gegen den Willen der Bevölkerung über die türkisch-syrische Grenze einmarschieren lassen und dadurch erst Gefechte mit der zuvor gar nicht mehr in dieser Stadt stationierten syrischen Armee provoziert. Die nachfolgenden Luftangriffe direkt am Grenzstreifen dienten unter anderem zur Rechtfertigung für die Anforderung von Patriot-Raketen.Leider steht die Türkei mit ihrer Kriegspolitik nicht alleine da. Auf Betreiben des französischen Präsidenten Hollande soll die syrische Opposition (nun auch offiziell) mit Waffen beliefert werden, um das Baath-Regime zu stürzen. Die Verlegung deutscher Patriot-Raketen dient dem selben Zweck und hat mit defensiver Verteidigung nichts zu tun. Entgegen vorgetäuschten humanitären Argumenten sind die Hintergründe der westlich/türkisch/arabischen Intervention in Syrien geostrategischer Natur. Mit einer Schwächung Syriens – sei es durch „government change" oder Bürgerkrieg – soll hauptsächlich dem Iran ein Bündnispartner genommen werden. Die Destabilisierung des Irans stünde dann als nächstes auf der Tagesordnung.Während die hiesige Presse die Kriegsverbrechen der verschiedenen unter dem Mantel der FSA agierenden Gruppen stillschweigend als Kolalateralschäden auf dem Weg zur Beseitigung Assads in Kauf nimmt, werden über die in Westkurdistan das Vertrauen der Bevölkerung genießende Partei PYD gezielt Lügen verbreitet, sie stünde an der Seite Assads oder unterdrücke die Bevölkerung. Anstatt die kurdische Vorstellung des demokratischen Konföderalismus als Modell des friedlichen Zusammenlebens verschiedener Religionen und Ethnien im Mittleren Osten zu unterstützen, wird gerade die kurdische Befreiungsbewegung in allen Teilen Kurdistan von Europa und den USA massiv bekämpft. Statt der Suche nach politischen Lösungen findet eine endlose Kette von Militärinterventionen statt, bei der der eine Einsatz (Libyen) die Gründe für den nächsten schafft (Mali). Der Mittlere Osten braucht weder Patriot-Raketen an der türkisch-syrischen Grenze noch deutsche Panzer für Saudi-Arabien, sondern aktive Friedenspolitik und Achtung der Menschenrechte. Dafür setzt sich die Kampagne Tatort Kurdistan weiter ein.

(http://tatortkurdistan.blogsport.de/)

Blutiges Jahr für die Presse: 132 Journalisten getötet

Wien, Österreich – Das internationale Institut für Presse IPI gab bekannt, dass im Jahre 2012 nach ihren Aufzeichnungen 132 Journalisten bei der Arbeit getötet worden sind. Das internationale Institut für Presse mit Hauptsitz in Wien gab heute eine Erklärung über getötete Journalisten ab und erklärte, dass im Jahre 2012 die Zahl der getöteten Journalisten seit 1997 am höchsten war. Dem Bericht des Instituts zur Folge wurden allein in Syrien 35 Journalisten und 8 Reporter während der Ausübung ihrer Tätigkeit getötet. Damit ist Syrien das Land, wo am meisten Journalisten getötet werden. In Somalia wurden 16 Journalisten im letzten Jahr umgebracht. Dem Bericht nach entführen in Syrien sowohl die Banden der Freien syrischen Armee als auch die Regierung die Mitarbeiter der Presse und somit werden die Journalisten zur Zielscheibe genommen.Der IPI nach sind nach Syrien und Somalia die Länder Pakistan, Kolumbien, Honduras, Philippinen, Brasilien und Mexiko gefährlich für Journalisten.In dem Bericht der IPI wurde auch auf die Situation der inhaftierten Journalisten in der Türkei hingewiesen. Demnach befinden sich in der Türkei 70 Mitarbeiter der freien Presse im Gefängnis. Die Türkei ist das Land, indem am meisten Journalisten verhaftet wurden. Das Institut gab bekannt, dass die meisten inhaftierten Journalisten kurdischer Abstammung seien und diese beschuldigt werden „Mitglied einer terroristischen Organisation" zu sein.

(ANF; 1.1., Cenî)

Zweifelhafter Selbstmord einer 16-jährigen in Amed

Im Stadtteil Sur in Amed ist der Leichnam einer durch einen Kopfschuss getöteten 16-jährigen Frau gefunden worden. Die junge Frau hatte vor drei Monaten gegen den Willen ihrer Familie einen 23-jährigen Mann nach islamischer Tradition geheiratet. Der Mann wurde festgenommen.

(DIHA, 2.1., Cenî)

Cenî Info

erscheint monatlich und kann als Online-Version oder in gewünschter Stückzahl bei Übersendung des Portos bestellt werden:

Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.

Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
E-mail: ceni_frauen@gmx.de
http://www.ceni-kurdistan.com/

Spenden sind willkommen:
Stadt Sparkasse Düsseldorf
BLZ: 300 50 110
Konto-Nr.: 1004439715